

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	135
		TOP:	8
	Verhandlung	Drucksache:	278/2021
		GZ:	AKR 0054-01
Sitzungstermin:	05.05.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Dr. Mayer		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Herr Häbe / pö		
Betreff:	Zuschuss an den Ring politischer Jugend 2019		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht vom 27.04.2021, GRDRs 278/2021, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Dem Ring politischer Jugend (RpJ) wird auf der Grundlage der vom Verwaltungsausschuss am 20.10.2010 (GRDRs 453/2010; NNr. 339) beschlossenen Regelung für die im Jahre 2019 angefallenen anerkannten Aufwendungen für durchgeführte gemeinsame Veranstaltungen, Veranstaltungen der im RpJ vertretenen Jugendorganisationen sowie für durchgeführte politische Bildungsmaßnahmen, sofern sie nicht ausschließlich Parteizwecken dienen, ein Zuschuss im Betrag von **4.201,89 €** gewährt, der wie folgt auf die im RpJ vertretenen Jugendorganisationen intern zu verteilen ist:

- Junge Union 2.010,41 €
- Jungsozialisten 1.086,40 €
- Grüne Jugend 485,15 €
- Linksjugend [solid] 619,93 €

2. Der Aufwand wird im Teilergebnishaushalt 2021 THH 100, Haupt- und Personalamt, Kontengruppe 43100 - Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - gedeckt.

3. Für die Zuschüsse gilt die Geschäftsanweisung für die Gewährung von städtischen Zuwendungen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

StRin Meergans (SPD) nimmt wegen Befangenheit im Sinne von § 18 GemO an der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.

Von StR Ebel (AfD) wird zu der Jugendorganisation Linksjugend [solid] u. a. angemerkt, die Organisation spreche an mehreren Stellen ihres Programms von Revolution. Sie habe einen Sprecher*innenkreis der Revolutionären Linken und sie beziehe sich auf das Manifest der Kommunistischen Partei von Marx. Dabei geht er auf die Auswirkungen von sozialistischen Revolutionen ein. In der Folge lehnt er die Unterstützung dieser Organisation mit Nachdruck ab.

Hierzu teilt EBM Dr. Mayer mit, der Grundsatz der Förderung sei, dass seitens der Stadt keinerlei Gesinnungskontrolle dergestalt durchgeführt werde, dass Inhalte kontrolliert werden, solange sich diese auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen. Dies gehöre zum politischen Diskurs.

Danach stellt EBM Dr. Mayer fest:

Der Verwaltungsausschuss beschließt bei 1 Gegenstimme mehrheitlich wie beantragt.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

Verteiler:

- I. Referat AKR
zur Weiterbehandlung
Haupt- und Personalamt

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS